

# **C**harakterlos

# **D**emagogisch

# **U**ndemokratisch



**Der Gewinner der Landtagswahl in NRW punktete vor allem mit dem Thema »Sicherheit«!**

**Eine Partei, die unter dem Motto »Macht hoch die Tür, die Tor macht weit!« eben diese gemindert hat.**

**Eine Partei, die Deutschland in einen Vielvölkerstaat umwandeln will.**

**Eine Partei, die die Bundeswehr vom letzten Rest soldatischen Denkens »säubern« will.**

**Eine Partei, die gleichzeitig die »Deutsche Leitkultur« wiederentdeckt haben will.**

**Charakterlos, demagogisch und undemokratisch, das zeichnet die CDU in den letzten Jahren aus!**

**Die CDU ist nicht das kleinere Übel – sie ist das Übel!**

## Das offene Wort

### Schwestern im Geiste

Man weiß nicht, über wen man mehr den Kopf schütteln soll: über die CDU-Verteidigungsministerin oder über ihre Kanzlerin.

Zu der Säuberungswelle der ersteren sagt ein in der F.A.Z. vom 15.5.2017 veröffentlichtes Zitat des bekannten israelischen Militärhistorikers *Martin Levi van Creveld* alles:

**»Die Wehrmacht war ein großartiger Verband, der hinsichtlich Moral, Elan und innerem Zusammenhalt unter den Armeen des zwanzigsten Jahrhunderts nicht seinesgleichen fand. Er kämpfte am besten – für eine schlechte Sache.«**

An diese Traditionen anzuknüpfen, verbietet Frau von der Leyen. Arme Bundeswehr!

Zum Urteil über Kanzlerin *Merkel, von der Leyens* Schwester im Geiste, genügt eigentlich auch nur ein einziger Satz, den sie am 25.2.2017 auf einer CDU-Versammlung allen Kritikern der Umvolkung und Volksauflösung entgegenschleuderte:

**»Das Volk ist jeder, der in diesem Lande lebt!«**

Da wir in den UN 3/2017 den Heiland der SPD ausführlich gewürdigt haben, wollen wir in dieser Ausgabe auch die CDU-Chefin näher beleuchten, um nicht den falschen Eindruck zu erwecken, wir würden statt dessen die CDU empfehlen.

Kopfschütteln ist angesagt – genügt aber nicht, meint

*Ihre Sabine Möller*

## Nebelkerzen, eine erfolgreiche militärische Taktik

Verteidigungsministerin *Ursula von der Leyen* wird sicher keiner unterstellen, daß sie Ahnung von ihrem Fachbereich hätte, aber das Werfen von Nebelkerzen beherrscht sie.

Nachdem der »rechtsradikale« Oberleutnant *Franco A.* angeblich dabei aufgefliegen ist, wie er Anfang Januar eine Pistole am Wiener Flughafen versteckte (warum auch immer?), wurde bekannt, daß er sich beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) als Syrer ausgegeben hat und auch anerkannt wurde.

Wenn es einem nicht arabisch-sprechenden Deutschen gelingt, sich als Syrer auszugeben, wie groß muß dann erst die Schlamperie bei der Erfassung der »Neuhinzugekommenen« sein, die wenigstens vom äußeren Erscheinungsbild einzuordnen sind?

Die schlimmsten Befürchtungen scheinen sich zu bewahrheiten. Das BAMF hat ein heillooses Chaos bei der Registrierung der Einreisenden angerichtet. Sowohl die finanziellen als auch die sozialen Folgen sind unabsehbar.

Es ist unfäßbar: Deutscher Oberleutnant gibt sich als Syrer aus, spricht kein arabisch, erhält Unterkunft und finanzielle Unterstützung und ist praktischerweise »rechtsradikal«. Auf alle Fälle ergibt sich eine interessante Nebenverdienstmöglichkeit.

Wer nicht gerade blond und blauäugig ist, sollte einen Asylantrag stellen. Einen Versuch wäre es wert!

Um von diesem Skandal der bewiesenen Unfähigkeit unseres Staates abzulenken, initiiert die Verteidigungsministerin eine groß angelegte Hatz auf

»rechtsradikale Umtriebe« in der Bundeswehr.

Es vergeht kein Tag, an dem nicht neue »ungeheuerliche« Vorfälle bekannt werden.

In der veröffentlichten Meinung spielt der eigentliche Skandal, die Falschregistrierung von wahrscheinlich zehntausenden von »Neuhinzukommenden« keine Rolle.

Aber alles halb so schlimm, solange nicht das letzte Wehrmachtsfoto aus den Kasernen entfernt worden ist.

Ja, im Tarnen, Täuschen und sich dann aus dem Staub machen haben unsere Politiker eine lange, erfolgreiche Tradition.

### VOLKES STIMME:

**»Wenn alle Kasernen umbenannt und durchsucht, sämtliche "Wehrmachtsdevotionalien" entfernt, alle Panzer auf Elektroantrieb umgerüstet, gefechtsmobile Kinderkrippen in Betrieb genommen, die Liederbücher verbrannt und die letzten Uniformbilder unserer Großväter abgehängt wurden, kurzum wenn jegliche Tradition ausgetrieben und diese verfluchte Vergangenheit endlich bewältigt ist, dann werden wir auch keine Armee mehr brauchen, weil es nichts mehr gibt, was zu verteidigen wäre.«**

Leserbrief in  
Oberbayerisches Volksblatt

# Säuberungen nach kommunistischem Vorbild



## BundeSchar Wir. Lieben. UschisLand.

Sieht so bald des neue Logo der Bundeswehr Bundes-Schar aus, politisch korrekt und ohne doppeltes »s«?

Was man bisher nur aus kommunistischen, stalinistischen und totalitären Staaten kannte, findet gerade vor aller Augen bei der Bundeswehr statt – und ein Großteil der sogenannten freiheitlichen Presse klatscht Beifall.

Nachdem der »rechtsradikale« Oberleutnant *Franco A.* enttarnt wurde, setzt bei der Bundeswehr eine beispiellose Hatz auf all das ein, was im Entferntesten mit der deutschen Wehrmacht zu tun haben könnte. Mit einer rattengleichen Verbissenheit wird denunziert, gehetzt und gnadenlos verfolgt.

Selbst der bestens Umerzogene schüttelte spätestens bei der Entfernung eines Bildes des ehemaligen Bundeskanzlers *Helmut Schmidt* aus der nach ihm benannten Bundeswehruniversität in Hamburg den Kopf. *Schmidt* war in Wehrmachtsuniform abgebildet und dies konnte man den sensiblen Gemütern unseres Offiziersnachwuchses nicht zumuten.

Die weniger »spektakulären« Fälle sind für unsere Medien kaum der Erwähnung wert. Dazu gehören das Entfernen von Erinnerungsstücken der Wehrmacht, Bilder und Skizzen von Soldaten

oder die geplanten Umbenennungen von Kasernen.

Das bisher gültige Liederbuch wird eingestampft, weil dort so böse Nazilieder wie: »Schwarzbraun ist die Haselnuß« oder das »Westerwald-Lied« vorkommen.

Das Gerücht, daß dafür »Ein Männlein steht im Walde« oder für den feuchtfrohlichen Feierabend »Uschi mach kein Quatsch« eingeführt werden, ist bisher nicht bestätigt.

Wenn die Verteidigungsministerin von »Säuberungen« spricht, ist dies genau die Wortwahl, die verdeutlicht, was bezweckt werden soll. Ein Ausradieren jeglicher Traditionen und soldatischer Werte.

Für eine Armee, die vorrangig Söldnerdienste leistet, ist dies auch nur unnötiger Ballast.

Man kann trefflich darüber spekulieren, ob ihre Freundin *Angela Merkel*, in kommunistischer Terminologie und Vorgehensweise bestens vorgeprägt, bei dem Wort »Säuberungen« Hilfestellung leistete.

Fakt ist: Eine Verteidigungsministerin, die die »Haltung« der ihr anvertrauten Truppe pauschal abqualifiziert, ist untragbar.

### Widerstandskämpfer in Zukunft nur noch nackt abgebildet?



Nachdem dieses Bild von Altbundeskanzler *Helmut Schmidt* in Offiziersuniform demokratisch entsorgt wurde, müssen jetzt konsequenterweise weitere Schritte folgen.

Wenn ein Bild von *Helmut Schmidt* in Wehrmachtsuniform unsere angehenden Offiziere traumatisiert, was passiert dann erst, wenn Schulkinder den Widerstandskämpfer *Claus Graf von Stauffenberg* in der Uniform eines Oberst sehen?

Was kann in diesen kindlichen Gemütern alles an Schaden angerichtet werden?

Dank der kreativen Firma *Adobe* könnte man mit Photoshop die Uniform wegretuschieren. Ob aber ein nackter Widerstandskämpfer die Lösung wäre, muß angezweifelt werden.

Nun möge bitte kein Böswilliger auf die Idee kommen, die deutsche Uniform gegen eine englische oder amerikanische Uniform auszutauschen. Dann müßte ja die deutsche Geschichte umgeschrieben werden – geht also auch nicht!

Man sieht bereits, welch Büchse der Pandora unsere »Uschi« geöffnet hat.

**»Ich möchte heute vor diesem Hohen Hause im Namen der Bundesregierung erklären, daß wir alle Waffenträger unseres Volkes, die im Namen der hohen soldatischen Überlieferung ehrenhaft zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft gekämpft haben, anerkennen. Wir sind überzeugt, daß der gute Ruf und die große Leistung des deutschen Soldaten trotz aller Schmähungen während der vergangenen Jahre in unserem Volke noch lebendig sind und auch bleiben werden. Es muß unsere gemeinsame Aufgabe sein – und ich bin sicher, wir werden sie lösen –, die sittlichen Werte des deutschen Soldatentums mit der Demokratie zu verschmelzen.«**

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer,  
am 3.12.1952 vor dem Deutschen Bundestag

Bundesrepublik Deutschland

Der Bundeskanzler

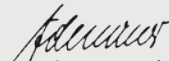
Bonn, den 17. 12. 1952

at

Sehr geehrter Herr Generaloberst!

Einer Anregung nachkommend teile ich mit, daß die von mir in meiner Rede vom 3. Dezember 1952 vor dem Deutschen Bundestag abgegebene Ehrenerklärung für die Soldaten der früheren deutschen Wehrmacht auch die Angehörigen der Waffen-SS umfaßt, soweit sie ausschließlich als Soldaten ehrenvoll für Deutschland gekämpft haben.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung  
bin ich Ihr

  
(Adenauer)

Was Frau von der Leyen für die »richtige Haltung« hält, macht sie auch gleich deutlich:

*»Die Wehrmacht ist in keiner Form traditionsstiftend für die Bundeswehr. Einzige Ausnahme sind einige herausragende Einzeltaten im Widerstand. Aber sonst hat die Wehrmacht nichts mit der Bundeswehr gemein.«*

Mit anderen Worten: Ein Bundeswehr-Offizier, der einen Sprengstoffanschlag auf den Bundespräsidenten vorbereitet, wäre traditionsstiftend für eine künftige deutsche Armee!?

Um nun die gewünschte »demokratische Haltung« einzuführen, werden Nachforschungen angestellt, mit wem der Oberleutnant

Franco A. Umgang hatte. Wehe, einer seiner Kameraden, mit denen er in seinen acht Dienstjahren Kontakt hatte, hat sich einmal politisch unkorrekt geäußert. Es tut sich damit ein weites Feld und ungeahnte Chancen und Möglichkeiten für Denunzianten auf.

Allerdings sind diese bereits bei der Bundeswehr erfolgreich etabliert, wie *Bild.de* am 5.5.2017 berichtete:

Ein Oberstleutnant hat am 29.11.2016 seinen Vorgesetzten direkt beim Ministerium denunziert. Ein Ausbildungs-Kommandeur soll sich nach einer Einladung aus Frankreich zum Weltkriegsgedenken wie folgt geäußert haben: *»Ich stelle mich*

*doch nicht als Besiegter mit einer deutschen Delegation zu einer Siegesparade. Solange die Franzosen das Ende des Krieges als 'Victoire' feiern, so lange nimmt keine deutsche Delegation, eingeladen oder nicht, an einer solchen Zeremonie teil.«*

Dem denunzierenden Oberstleutnant genügte es aber nicht, sich in einer Petition an die Ministerin über das Verhalten seines Vorgesetzten zu beschweren, nein, er schleimte sich auch noch auf perfide Art und Weise ein:

*»Mir war völlig unbekannt, daß sich die Bundeswehr in jedweder Form mit der deutschen Wehrmacht beziehungsweise Nazi-deutschland identifiziert. Als Offizier der Bundeswehr betrachte ich diesen Tag [gemeint ist der 8. Mai] ebenso als Befreiung und als Sieg über die Nazibarbarei.«*

Dies ist ein Beispiel, wie heruntergekommen diese Truppe bereits ist.

Es gab mal eine deutsche Armee, in der im Offiziers-Casino offen gesprochen werden konnte, ohne Gefahr zu laufen, von einem Kameraden verraten oder verleumdet zu werden.

Der Ausbildungs-Kommandeur ist leider eine positive Ausnahme. Um nämlich bei der Bundeswehr auf der Karriereleiter nach oben zu kommen, ist schon seit Jahrzehnten Mannesmut nur hinderlich. »Nach oben buckeln, nach unten treten«, lautet das Kredo, um bei Ursulas Leyen-Spielschar Karriere zu machen. Nun müssen auch diese Karrieristen erleben, wie ihnen ihre Chefin in den Rücken fällt.

Die engagierten und pflichtbewußten Offiziere und Soldaten haben allerdings eine solche Führung nicht verdient.

**Frau von der Leyen, treten sie zurück, »die Treppe wird von oben gefegt«!**

# Wie der Opa, so die Enkelin?

## Merkels Großvater kämpfte gegen Deutschland

### Die unbekannte Angela Merkel



Foto: Amin Linnartz  
CC-BY-SA 3.0 DE (bearbeitet)

Erst im Jahre 2013 wurden Details über die polnischen Wurzeln der damals bereits seit acht Jahren im Amt befindlichen Kanzlerin bekannt.

Es klingt äußerst unwahrscheinlich, daß Kanzlerin *Merkel* nichts Genaueres über ihre Herkunft wußte.

Warum es bis 2013 dauerte, bis dies an die Öffentlichkeit kam, ist eine berechnete Frage. Sollte diese Geschichte vielleicht gar nicht bekannt werden?

Auf der Internetseite *Wikipedia* ist zu lesen: »In Polen erregte 2013 die Entdeckung ihrer polnischen Wurzeln Aufmerksamkeit: ihr Großvater, der Polizeibeamte *Ludwig Kasner*, hatte als *Ludwig Kaźmierczak* als Angehöriger der polnischen Bevölkerungsgruppe im Deutschen Kaiserreich in Posen gelebt und war später nach Berlin übersiedelt.«

Einen wichtigen Punkt hat *Wikipedia* allerdings, wie wie Frau *Merkel* auch, bewußt oder unbewußt vergessen:

Polizeibeamter klingt gut, allerdings war *Ludwig Kaźmierczak* zuvor polnischer Soldat und erschloß möglicherweise Deutsche!

Erklärt sich die Merkelsche Politik vielleicht aus ihrer Familiengeschichte?



*Ludwig Kaźmierczak* (später umbenannt in *Ludwig Kasner*), der Großvater von Kanzlerin *Merkel* in polnischer Uniform, ca. 1919.

# Die polnischen Wurzeln der Angela M. Erklärt sich die Politik Merkels aus ihrer Familiengeschichte?

## Vater:

### Horst Kasner

Nicht unbekannt ist, daß der Vater von *Angela Merkel*, *Horst Kasner*, 1954 von Hamburg in die DDR übersiedelte. Dies zu einer Zeit, in der unzählige Menschen die Flucht aus der DDR angetreten hatten.

*Horst Kasner* galt in der DDR als ein Kirchenmann, der nicht in Opposition zur Staatsführung und zur Kirchenpolitik der SED stand.

Er gehörte sogar dem Weißenseer Arbeitskreis an. Dieser war eine im Jahr 1958 entstandene Gruppe von linkssozialistischen, SED-treuen und von der DDR-Staatssicherheit geförderten evangelischen Theologen. *Horst Kasner* durfte Auslandsreisen machen, verfügte über zwei Dienstwagen und ein Privatfahrzeug. Sein Spitzname war der »rote Kasner«. *Kasner* stand der Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland kritisch gegenüber und unterstützte die Wiedervereinigung nicht.

## Großvater:

### Ludwig Kaźmierczak

*Ludwig Kaźmierczak* wurde am 17.10.1896 in Posen geboren und hat polnische Wurzeln. Zur Zeit des Ersten Weltkrieges gehörte Posen zum deutschen Kaiserreich und so diente *Kaźmierczak* in der deutschen Armee. Seit dem 17.10.1917 galt der Soldat *Kaźmierczak* als vermißt. Unbekannt ist bis heute, ob er desertierte oder in Gefangenschaft geriet.

Am 22.3.2013 tauchte in der polnischen Zeitung *Gazeta Wyborcza* ein Foto von *Ludwig Kaźmierczak* auf. Auf diesem Foto trägt er die Uniform der »Blauen Armee« (Haller-Armee).

»Blaue Armee« war der Name der polnischen Streitkräfte, die

Welcher Einheit *Kaźmierczak* genau angehörte, läßt sich nicht ermitteln. Auch die Frage, ob er selbst gegen Deutsche gekämpft hat, läßt sich bislang nicht endgültig klären.

Mit der »Blauen Armee« kehrte er zurück nach Polen und kämpfte im polnisch-ukrainischen Krieg und im polnisch-sowjetischen Krieg. 1923 ging *Kaźmierczak* nach Berlin, wo seine Verlobte wohnte und wurde dort 1926 Polizist.

1938 wurde die Familie eingedeutscht und trug seitdem den Nachnamen *Kasner*.

Sein Neffe *Zygmunt Rychlicki* ist der Meinung, *Ludwig Kaźmierczak* sei seinen polnischen Wurzeln immer treu geblieben. *Kaźmierczak* starb 1959 in Berlin.

Während SPD-Kanzlerkandidat *Schulz* dafür steht, daß Deutschland für ihn nur existiert, »um die Existenz des Staates Israels und des jüdischen Volkes sicherzustellen«, haben wir jetzt auf CDU-Seite die Kandidatin und Kanzlerin *Merkel*

- mit einem polnischen Großvater, der in einer polnischen Armee gedient und möglicherweise auf Deutsche geschossen hat sowie  
- mit einem »roten Kasner« als Vater, den es freiwillig in die Diktatur der DDR zog und dort einer linkssozialistischen, SED-treuen und von der DDR-Staatssicherheit geförderten Gruppe angehörte.

Wenn diese Familiengeschichte Kanzlerin *Merkel* geprägt hat, könnte sich ihre Politik erklären.



während des Ersten Weltkrieges im Juni 1917 in Frankreich gebildet wurden und auf Seiten der Alliierten gegen Deutschland kämpften.

Ihre ersten Kampfhandlungen führte die »Blaue Armee« auf Befehl von General *Józef Haller* gegen die Deutschen in den Vogesen und der Champagne durch.

Vergrößert man das Fotos von *Kaźmierczak*, kann man am Kragenspiegel erkennen, daß er entweder im 1. Schützenregiment oder im 1. Artillerie-Regiment gedient hat.

Das 1. Schützenregiment wurde im Januar 1918 aufgestellt und kämpfte im Sommer 1918 in der Champagne gegen deutsche Truppen.

# Gegen Gott und unser Volk

## **Merkels Ziel: Die Volksabschaffung**



»Völker sind Gedanken Gottes«. Dieses Wort ist allgemein bekannt, wenn auch der Ursprung des Zitats nicht zu ermitteln ist.

Ein gläubiger Christ muß auch davon ausgehen, daß es so ist. Warum sonst gäbe es nach Gottes Willen unterschiedlichste Völker und dazu noch ein besonderes und auserwähltes Volk Gottes, von dem in der Bibel die Rede ist?

Es waren nur kurze Sätze der regierenden Kanzlerin der BRD, mit denen sie den Begriff »Volk« entwertete und vom Tisch fegte. Sie kommen aber einem Offenbarungseid gleich.

In ihrer Rede auf der Landesvertreterversammlung der CDU Mecklenburg-Vorpommern Ende Februar 2017 verkündete sie die Abschaffung des Volksbegriffes:

**»Die Zeit der deutschen Einheit, die Zeit, als der Eiserne Vorhang fiel, die Zeit als Europa zusammengewachsen**

**Sie erhalten nur ein UN-Heft?  
Und was weiß Ihr Nachbar?  
Bitte bestellen Sie 2, 3, 5  
oder 10 Hefte monatlich!**

**ist, war eine wunderbare Zeit. Und deshalb gibt es auch keinerlei Rechtfertigung, daß sich kleine Gruppen aus unserer Gesellschaft anmaßen, zu definieren, wer das Volk ist.**

**Das Volk ist jeder, der in diesem Lande lebt.«**

Diese ungeheuerliche Behauptung ist nicht nur sachlich einfach falsch, nicht nur eine Kampfansage an alle, die sich dem deutschen Volk zugehörig und verpflichtet fühlen, sondern ein Angriff auf das vielbeschworene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Die Bundeskanzlerin hat bekanntlich einen Amtseid auf dieses Grundgesetz geschworen, in dem ausdrücklich und mehrfach vom »deutschen Volk« die Rede ist. Das beginnt schon in der Präambel des GG: »Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk«.

Daß eine Akademikerin den Unterschied zwischen einem »Volk« und einer »Bevölkerung« nicht kennt, ist wohl auszuschließen. Daraus folgt, daß sie offensichtlich ganz planmäßig vorgeht, wenn sie den Menschen einreden will, das Volk sei jeder, der in diesem Lande lebt.

### **Merkel im Wandel der Zeiten**

**»Ich war gerne in der FDJ, muß ich sagen, aus, öhm, einer Unterbetätigung in der FDJ, daß man nämlich, öhm, in Seminargruppen, unter jungen Leuten im Institut auch Dinge unternommen hat, die, öhm, mit dem System und seiner Ideologie eigentlich wenig zu tun hatten. Das will ich zugeben. Aber ansonsten war es, öhm, auch siebzig Prozent Opportunismus, natürlich.«<sup>1</sup>**

**»Ich habe die DDR nicht als dauernde und totale Bedrückung empfunden, weil ich immer meine Nische hatte. [...] Später habe ich mich so verhalten, daß ich mit diesem Staat nicht dauernd in Konflikt leben mußte.«<sup>2</sup>**

**»Und Anpassung ist auch – selbstverständlich – Teil meines Lebens gewesen. Und ist es heute auch noch.«<sup>1</sup>**

**»Und gemeinschaftshungrig, wie ich war, wollte ich zu den Pionieren, die anderen Kinder gingen ja schließlich auch hin.«<sup>3</sup>**

**»Ich habe mein Leben so geführt, daß ich wirklich keine aktive Widerstandskämpferin war, den Eindruck habe ich auch nie erweckt.«<sup>4</sup>**

**»Agitation und Propaganda? Ich kann mich nicht erinnern, in irgendeiner Weise agitiert zu haben. Ich war Kulturbeauftragte.«<sup>3</sup>**

## Merkel im Wandel der Zeiten

»Mein Großvater väterlicherseits war Pole. Insofern bin ich ein Integrationsprodukt.«<sup>5</sup>

»Manche unserer Gegner können es sich nicht verkneifen, uns in der Zuwanderungsdiskussion in die rechtsextreme Ecke zu rücken, nur weil wir im Zusammenhang mit der Zuwanderung auf die Gefahr von Parallelgesellschaften aufmerksam machen. Das, liebe Freunde, ist der Gipfel der Verlogenheit, und eine solche Scheinheiligkeit wird vor den Menschen wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrechen. Deshalb werden wir auch weiter eine geregelte Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung fordern.«<sup>6</sup>

»Ich glaube nicht, daß es richtig ist, daß diejenigen in einer rechten Ecke stehen, die sich über die Frage der eigenen Identität und der nationalen Bedeutung Gedanken machen.«<sup>7</sup>

»Wir haben uns stets als Deutsche gefühlt. Vielleicht ist deshalb bei uns Ostdeutschen das Gespür für die Nationalität etwas stärker entwickelt als hier in den alten Bundesländern.«<sup>7</sup>

»Das Volk ist jeder, der in diesem Lande lebt.«<sup>8</sup>

- 1 Gespräch mit Günter Gaus, 28.10.1991
- 2 Herlinde Koebel, Spuren der Macht, Eintrag Oktober 1991
- 3 Angela Merkel, Mein Weg, 2005
- 4 Interview mit Gerd Langguth, 2005
- 5 Der Spiegel, Nr. 44/2000
- 6 Angela Merkel auf dem CDU-Parteitag in Leipzig, 1.12.2003
- 7 Angela Merkel auf dem CDU-Parteitag in Berlin, 13.9.1993
- 8 Angela Merkel auf der Landesvertreterversammlung der CDU Mecklenburg-Vorpommern, 25.2.2017



»Die Kanzlerin des Volksaustausches« – das wird ihr Markenzeichen sein, das in die Geschichtsbücher und in das Gedächtnis der nachfolgenden Generationen eingehen wird. Eine Umsteuerung der Politik »zum Wohle des deutschen Volkes« (GG) ist erst nach ihrem Abtritt und der Abwahl der meisten der heutigen Volksvertreter zu erwarten.

Jeder halbwegs gebildete Mensch weiß, daß ein Staat aus einem Staatsgebiet und einem Staatsvolk besteht, abgesehen von »Vielvölkerstaaten«. Die in der Bundesrepublik lebenden Ausländer, welchen »Aufenthaltsstatus« sie auch haben, können gerne »in diesem Lande leben«, wenn sie sich an die Gesetze halten und nicht auf Kosten des Staates leben, gehören aber nicht zum »deutschen Volk«.

In der deutschen Sprache gibt es für »alle, die in diesem Lande leben« einen glasklaren Begriff, der alle Menschen erfaßt, die innerhalb der staatlichen Grenzen leben: Das ist die »Bevölkerung«, nicht aber das Volk!

Merkel folgt mit ihrem Ausspruch den zumeist linken Volksverächtern, die schon seit Jahren gegen die Reichstagswidmung »Dem Deutschen Volke« agitieren und durchsetzten, daß im Innenhof des Reichstagsgebäudes ein großer Pflanzkasten mit der Aufschrift »Der Bevölkerung« aufgebaut wurde.

Daß es sich nicht um einen gedankenlosen Versprecher der Kanzlerin, sondern um eine systematische Auslöschung des Volksbegriffs handelt, die mit al-

len Mitteln vorangetrieben wird, beweist auch das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, deren Richter gemäß Art. 94 GG hälftig von Bundestag und Bundesrat gewählt werden, also alles andere als unabhängig sind.

In der Urteilsbegründung zum NPD-Verbotsverfahren wird argumentiert, daß die Partei verfassungsfeindlich sei, weil der von ihr vertretende »ethnische Volksbegriff« gegen die Menschenwürde und somit gegen »das Gebot gleichberechtigter Teilhabe aller Bürger am politischen Willensbildungsprozeß« verstoße.

Diese Unsinnigkeit der Bundesverfassungsrichter besagt nichts anderes, als daß der althergebrachte Volksbegriff, der in allen Schichten der heutigen »Gesellschaft« verankert ist, gegen die »Menschenwürde« verstoße.

Der volkstumsbezogene Vaterlandsbegriff der Burschenschaften, Schützen- und Turnvereine und der normale Sprachgebrauch auch ganz unpolitischer Mitbürger wird damit höchstrichterlich als mit der »Menschenwürde« nicht vereinbar eingestuft.

Entspricht das noch dem »Willen des Volkes«?

**... DANN BIN ICH UM DEN SCHLAF GEBRACHT!**



## De Maizière und seine zehn Thesen: **Alles Wahlkampfgetöse!**

»Wir sind nicht Burka«, verkündete Innenminister *Thomas de Maizière* auf dem Titel der *Bild* am Sonntag vom 30.4.2017.

Außergerechnet in der *Bild* will der Minister »mit einigen Thesen zu einer Diskussion einladen über eine Leitkultur für Deutschland«.

Seine eigenen zehn Thesen, die er darin verbreitet, konterkariert er im gleichen Aufsatz jedoch selbst.

### Beispiele gefällig?

De Maizière betont in Punkt 1, daß man in Deutschland »Gesicht zeigen« würde und sich »zur Begrüßung die Hand« gebe. Er beendet diesen Punkt mit »Wir sind nicht Burka« – wir sind auch nicht Flasche leer, nicht Papst und nicht Grammatik, möchte man ergänzen.

Soll sein Satz vielleicht so etwas bedeuten wie: »Der Islam gehört nicht zu Deutschland«?

Nein, natürlich nicht, man lese dazu seinen Punkt 6: »In unserem Land ist Religion Kitt und nicht Keil der Gesellschaft ...« usw. usw. Dann kommt der entscheidende Satz: »Ein solcher Kitt für unsere Gesellschaft entsteht in der christlichen Kirche, in der Synagoge und in der Moschee«.

In der Moschee, in der IS-Kämpfer rekrutiert werden? In der Moschee, in der Terroristen ihr ideologisches Rüstzeug bekommen? Oder in der Moschee, in der die Polizei bei Razzien kistenweise gewaltverherrlichende Pamphlete sicherstellt?

Er meint das wirklich so, man erinnere sich an seinen Äußerung über Dschihadisten im *stern* (22.10.2014): »Es sind unsere Söhne und Töchter. Ein Großteil wurde hier geboren. Sie sind in unsere Schulen gegangen, in un-



sere Moscheen, in unsere Sportvereine. Wir tragen für deren Radikalisierung Verantwortung.«

In Punkt 4 beschreibt er eine geschichtliche These »Wir sind Erben unserer Geschichte, mit all ihren Höhen und Tiefen. Unsere Vergangenheit prägt unsere Gegenwart und unsere Kultur« und vergißt dabei nicht, das »Existenzrecht Israels« zu erwähnen.

Wen er mit »wir« meint, ist klar. »Die, die schon länger hier leben« sind die »Erben«. Welcher »Neuhinzugekommene« bekennt sich freiwillig als »Erbe« der bekanntesten zwölf Jahre deutscher Geschichte?

Den Begriff »Tradition« hat er an dieser Stelle tunlichst vermieden, mag sein, daß ihm seine Kollegin am Kabinetttisch sonst die Leviten gelesen hätte.

Selbst *Martin Luther*, dem Herr de Maizière in einem anderen Beitrag auf heutige Verhältnisse übertragen Verfassungsfeindlichkeit attestierte, mußte für seine Thesen herhalten.

Im September sind Bundestagswahlen. Wie erwartet hat sich auch diesmal mit dem Innenminister wieder jemand gefunden, der kurz vor wichtigen Wahlen den

Patriotismus entdeckt: »Wir sind aufgeklärte Patrioten. Ein aufgeklärter Patriot liebt sein Land und haßt nicht andere. Auch wir Deutschen können es sein.«

Wieviel Patriotismus steckte eigentlich in den letzten zwölf Jahren CDU-Regierung?

»Wir sind Teil des Westens. Kulturell, geistig und politisch. Die NATO schützt unsere Freiheit. Sie verbindet uns mit den USA, unserem wichtigsten außereuropäischen Freund und Partner.«

Noch einmal zum besseren Verständnis: »Die NATO schützt unsere Freiheit«! Meint der Minister etwa die Freiheit, die Bundeswehrosoldaten seit Jahren am Hindukusch verteidigen? Oder meint er die Freiheit, die ausländischen Soldaten Sonderrechte einräumt und die es fremden Truppen ermöglicht, Atomwaffen auf deutschem Boden zu lagern? Immer, wenn ein Innenminister von »Freiheit« schwärmt, ist Vorsicht angesagt. Meist gehen Einschränkung von Grundrechten und Ausweitung des Überwachungsstaates damit einher.

In seiner letzten These taucht dann doch noch der Begriff »Tradition« auf, im Zusammenhang mit Karneval und Volksfesten. Was mit Punkt 10 dann auch das Letzte wäre.

Die Thesen von *Thomas de Maizière* stehen mit der *Bild* nicht nur auf dünnem Papier, sondern auch auf dünnem Eis. Sein möglicher Wunsch, noch vor der Bundestagswahl eine Diskussion über »Leitkultur« anzustoßen, darf als mißglückter »Thesensanschlag« gewertet werden, um gedanklich bei *Martin Luther* zu bleiben.

Bleibt zu hoffen, daß die Deutschen sich nicht länger am Nasenring führen lassen. Die Merkelsche Politik ist nicht alternativlos. Es gibt Gott sei Dank noch Parteien auf dem Wahlzettel, bei denen »Leitkultur« keine »Leidkultur« ist.

# Arbeitslosigkeit in Europa: **Deutschland soll bald für alle zahlen**

Vor fast zwei Jahren, in den UN 9/2014, berichteten wir über die Pläne des damaligen EU-Sozialkommissars *László Andor* zu einer europäischen Arbeitslosenversicherung, die sich mit Milliardenbeiträgen aus den reichsten Mitgliedstaaten finanzieren soll.



Laut den vorgestellten Plänen sollen alle Euro-Länder in einen gemeinsamen Topf zahlen und je nach Höhe der Arbeitslosigkeit einen Teil zurückerhalten.

Anders ausgedrückt: Die Staaten, die durch eine verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik ihren »Laden« im Griff haben und deren Arbeitnehmer jeden Tag durch ihren Fleiß brav ihre Steuern entrichten, sollen die Arbeits-

losigkeit in den übrigen Ländern alimentieren.

Nach der Wahl von *Emmanuel Macron* zum französischen Staatspräsidenten wird die Umsetzung dieser Pläne an Fahrt gewinnen.

Dies ist für Frankreich immens wichtig, *Macron* hatte bereits im Wahlkampf versprochen, das Problem der seit Jahren enorm hohen Arbeitslosigkeit anzugehen. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt in Frankreich bei 10,1 Prozent (Stand: März 2017), damit liegt die Grande Nation auf Platz 23 der 28 EU-Staaten.

Unterstützung erhält er dabei aus Italien (offizielle Arbeitslosenquote im März: 11,7 Prozent). In einem Gespräch mit der *Financial Times* erklärte Finanzminister *Pier Carlo Padoa-Schioppa*:

»*Macrons* Wahl hat das Momentum in die richtige Richtung gebracht und ich hoffe, wir werden das nicht ungenutzt verstreichen lassen.«

Schon 2014 hatte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Nürnberger Bundesagentur für Arbeit berechnet, daß Deutschland rund ein Drittel der europäischen Arbeitslosenversicherung finanziert hätte, allein zwischen 2006 und 2011 mit rund 20 Milliarden Euro. Das Thema wird in den nächsten Monaten sicher wieder aus der Öffentlichkeit verdrängt werden, deshalb sei an die Arbeitsweise der EU erinnert:

**»Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.«**

Jean-Claude Juncker,  
EU-Kommissionspräsident  
(*Der Spiegel*, Nr. 52/1999)

## Liebe Leser, ganz privat:

### CDU oder SPD: Krebs oder Cholera?

In den UN 3/2017 hatten wir *Martin Schulz*, den Gernegroß und Heilsbringer der SPD, entlarvt. Das brachte uns etliche Neu- und Nachbestellungen ein, offensichtlich aus Kreisen treuer CDU-Wähler, weil sie meinten, wir wären eine CDU-Hilfstruppe.

Als sie merkten, daß wir SPD wie CDU und ihre jeweiligen Mehrheitsbeschaffer für ihre volksfeindliche Politik gleichermaßen kritisieren, schrieben sie empörte Briefe oder schickten die UN mit Vermerk »Annahme verweigert« zurück.

Vorauszusehen ist: Wenn nicht völlig Unerwartetes geschieht, wird *Angela Merkel* Kanzlerin bleiben.

»Es geht uns doch eigentlich ganz gut unter *Merkel*«, sagt die Mehrheit und merkt nicht, daß aus unserem Volk eine Bevölkerung wird.

Die Schulz-SPD-Faselei von der angeblichen »sozialen Gerechtigkeit«, von der jeder der mehr als 60 Millionen wahlberechtigten Bundesbürger etwas anderes versteht, je nachdem, wie er selbst betroffen ist, ist keine Alternative.

»Wen kann man noch wählen?« werden wir oft gefragt. Langjährige UN-Leser wissen, daß wir uns immer aus dem parteipolitischen Hickhack herausgehalten und keine Wahlempfehlungen gegeben haben.

Erstmals seit Jahrzehnten besteht jetzt die Aussicht, daß eine Alternative das Parteienkartell im Bundestag aufbricht und im Plenarsaal vor aller Öffentlichkeit die wahren Probleme beim Namen nennt. Hoffen wir, daß diese Alternative dann nicht auch vom System und seinen Fleischtopfen »aufgesaugt« wird!

Ihre UN-Mitarbeiter

# Zwei Zensurminister: Brüder im Geiste

Es waren nicht die »Linken«, sondern der christlich-demokratische Innenminister *Thomas de Maizière*, der den sozial-demokratischen Justizminister *Heiko Maas* drängte, ein Gesetz gegen die »Haßkriminalität« im Internet vorzubereiten.



Der griff das freudig auf und am 19.5.2017 fand eine erste Lesung des Gesetzentwurfes im Bundestag statt. Es müsse schnell gehen, heißt es im Referentenentwurf, um eine unliebsame Beeinflussung des Wahlkampfes zu verhindern. Doch der Justizminister stand ziemlich belämmert da, als aus allen Fraktionen parteiübergreifende Kritik an dem irrwitzigen Gesetzentwurf geäußert wurde.

Es geht um die Kontrolle bzw. Bedrohung von *Facebook* und allen anderen Plattformen wie *Twitter*, *YouTube*, *WhatsApp*, *Skype* usw., die mit Bußgeldern bis in Millionenhöhe bedroht werden

sollen, wenn sie Inhalte, gegen die irgendwer Beschwerde erhebt, nicht binnen Stunden oder Tagen löschen.

Die Betreiber sollen so gezwungen werden, Meldungen, die ihnen irgendwie zweifelhaft erscheinen, ohne juristische oder gar richterliche Prüfung als »*offensichtlich strafbar*« oder einfach »*strafbar*« zu beurteilen und zu sperren. Um solcher Bedrohung zu entgehen, wird das in vorausseilendem Gehorsam zu wahren Löschorgien der Betreiber führen.

Selbst der höchst unverdächtige Präsident des Verbandes Deut-

scher Zeitungsverleger (VDZ), *Dr. Stephan J. Holthoff-Pförtner*, protestiert: Das Gesetz laufe »*auf die staatliche Einsetzung privater Meinungspolizei hinaus*«. Und der VDZ-Hauptgeschäftsführer *Stephan Scherzer* ergänzte: »*Im Jahr der Bundestagswahl ist es*

*zentral, daß insbesondere das geistige Eigentum, Presse- und Meinungsfreiheit gestärkt werden und kein Panikgesetz für soziale Netzwerke durchgepeitscht wird*«. Das Gesetz sei eine Gefahr für die Presse- und Meinungsfreiheit.

Wir können alle mündigen Bürger nur auffordern, sich ganz persönlich an alle ihnen bekannten Bundestagsabgeordneten zu wenden und sie zu einer Antwort aufzufordern, ob sie diesem Gesetz zustimmen werden oder nicht.

**Es droht eine Internet-Zensur nach türkischem oder chinesischem Vorbild!**

## SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: **DE45ZZZ00000086750**; Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt  
 Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Name (Kontoinhaber) \_\_\_\_\_

Name des Kreditinstituts \_\_\_\_\_

BIC (SWIFT) \_\_\_\_\_

IBAN \_\_\_\_\_

- Dieses Mandat gilt nur für nebenstehende Einzugsermächtigung.
- Für die Vorankündigungen (»Prenotification«) der Lastschriften gilt eine verkürzte Frist von 2 Kalendertagen.

\_\_\_\_\_  
 Datum, Unterschrift

## Einzugsermächtigung

Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., folgende Beträge mittels Lastschrift von meinem Konto einzuziehen:

Betrag: \_\_\_\_\_ Euro

- einmalig       jährlich
- halbjährlich       zweimonatlich
- vierteljährlich       monatlich

ab (Datum): \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
 Datum, Unterschrift

Hinweis: Diese Einzugsermächtigung kann nur mit einem gültigen SEPA-Lastschriftmandat ausgeführt werden.

**Traue keiner Statistik,  
die Du nicht selbst  
gefälscht hast!**

**»Bei der  
Polizei wird  
jeder Übergriff,  
bei dem nicht  
erwiesen ist,  
daß er keine  
rechtsextreme  
Motivation hat,  
in die Statistik  
hineingezählt.«**

Brandenburgs Ministerpräsident  
*Dietmar Woidke* (SPD) zum Bericht der Bundesregierung über die »Zahl der rechts motivierten Straftaten in Deutschland«.

rbb, 22.9.2016

## Steuer-Mehreinnahmen

### Deutschland schwimmt im Steuergeld

Wie das *Handelsblatt* berichtete, geht das Bundesfinanzministerium in seiner aktuellen Steuerschätzung von einem Plus für Bund, Länder und Gemeinden in Höhe von 55 Milliarden Euro bis 2020 gegenüber der letzten Steuerschätzung vom vergangenen November aus.

Wie die Geier stürzen sich Politiker und Medien auf diese Nachricht, jeder hat eine bessere Idee als der andere, was mit diesen Geldern geschehen könnte.

Auf die Idee, mit unseren hart erarbeiteten Steuergeldern verantwortungsbewußter umzugehen, kommt niemand. Die jährlich über 30 Milliarden Euro an Flüchtlings-



kosten geraten dabei – übrigens sehr geschickt gemacht – völlig aus dem Fokus.

Wir hätten viele Möglichkeiten, sowohl im Bereich der nachhaltigen Investitionen als auch im sozialen Bereich, diese Steuern für die Menschen in

Deutschland, die durch ihre »Steuergroschen« diesen Wohlstand erst ermöglichen, zu verwenden. Dies wäre dann wirklich gerecht!

Es gäbe auch noch die Möglichkeit, damit Schulden zu begleichen, denn in die Zukunft zu investieren heißt nicht, das Geld wahllos an die jeweilige Klientel zu verschleudern!



**UN auf Facebook:**  
[facebook.com/UN.Nachrichten](https://www.facebook.com/UN.Nachrichten)

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

### FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).

Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.

Ich bitte um Zusendung von \_\_\_\_\_ Ex. der UN-Ausgabe Nr. \_\_\_\_\_ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).

Einen Kostenbeitrag von \_\_\_\_\_ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - überweise ich auf nebenstehendes Konto.

Name/Anschrift: \_\_\_\_\_

Geb. am/Beruf: \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_

Ihre UN-Anschriftenummer, falls bekannt: \_\_\_\_\_

(Falls Sie von uns schon Sendungen mit aufgedruckter Adresse bekommen haben, finden Sie diese Nummer direkt über Ihrer Anschrift zwischen ## und #)

### ERSCHEINUNGSVERMERK

**UN - Unabhängige Nachrichten**  
Postfach 101706  
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32  
Telefax: 0208 - 84 87 057  
E-Post: [info@un-nachrichten.de](mailto:info@un-nachrichten.de)

#### Bankverbindung:

FK UN e.V.  
IBAN: DE75 1001 0010 0636 5391 01  
BIC: PBNKDEFF

#### Internet:

[www.un-nachrichten.de](http://www.un-nachrichten.de)  
[www.fb.com/UN.Nachrichten](https://www.facebook.com/UN.Nachrichten)

#### Impressum:

**Herausgeber:** Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

**verantwortw. Schriftleiter:** Annette Kruse

Für unverlangt eingesandte Zuschriften wird keine Haftung übernommen! Alle Texte dürfen, möglichst mit Quellenangabe, weiterverbreitet werden.

Kein gewerbliches Unternehmen. Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

#### Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto.

Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen